

Die Raymond Unger Wiedergutmacher

Das Nachkriegstrauma und
die Flüchtlingsdebatte

EUROPAVERLAG

EUROPAVERLAG

Raymond Unger

Die Wiedergutmacher

Das Nachkriegstrauma
und die Flüchtlingsdebatte

EUROPAVERLAG

Inhalt

Prolog 8

Psychologische Grundlagen 14

Regierungskrise 2018 14

Die Causa 31

Eliten im Traumaschatten 42

Babyboomer 47

Generation Waschlappen 49

Mislungene Triangulierung 55

Parentifizierung 60

Doppelbindung 64

Strukturmodell der Psyche 67

Polarisierte Gesellschaft 72

Irgendwie gut sein 72

Refugees welcome! 75

Mauerbau 2.0 80

Abgehängt und besorgt 86

Die rote Pille 92

Kontrollverlust 96

Push oder Pull? 104

Freiheit der Medien 111

Freiheit der Kunst 121

Alles Nazis! Außer Mutti 129

Der mündige Bürger 142



© 2018 Europa Verlag GmbH & Co. KG,
Berlin · München · Zürich · Wien
Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie
Werbeagentur, Zürich
Satz: BuchHaus Robert Gigler, München
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
ISBN 978-3-95890-234-3
Alle Rechte vorbehalten.

Sublimierung und Abwehr 147
Konformität: Das Luzifer-Prinzip 147
Negierung des Schattens: Antifaschismus 150
Projektion: Hexenjagd und Volkserziehung 155
Ausagieren: Eiferer 167
Dichotomes Denken: Schwarz-Weiß-Malerei 170
Magisches Denken: Ablasshandel 173
Intellektualisierung: Materialismus 176
Altruistische Abtretung: Strukturelle Gewalt 186
Blinder Fleck: Populismus 195
Idealisierung: Political Correctness 199
Verleugnung: Gesinnungsethik und Kulturrelativismus 204

Weltanschauungen 212

Hypermoral 212
Frankfurter Schule 220
Holarchie 224
Identität 231
Faschismus 240

Kriegstrauma und Religion 244

Die Heimat der Wölfe 244
Depression und Diesseitsverachtung 250
Religion und Reformfähigkeit 255

Realitätsverleugnung 262

Der Islam und die Linke 262
Das neue Berlin 273
No Border – No Nation 290
Demografie-Gewinner 299
Youth Bulge – Kriegsindex 306
Kriminalitätsstatistik 315

Fluchtursachen 324
Globale Strategien 331

Lösungsansätze 340

Waschlappen und Helden 340
Angst erkennen 350
Schuld und Sühne 360
Kunst und Individuation 368

Epilog 385

Bibliografie 394

Anmerkungen 400

Prolog

Wer meine beiden vorangegangenen Bücher kennt, wird sich über dieses politische Werk vielleicht ein wenig wundern.

In meinem ersten Buch *Die Heldenreise des Künstlers* beschrieb ich persönliche Reifeprozesse, die durch selbstkonfrontative Kreativität gefördert werden. Zudem schilderte ich die Schwierigkeiten, denen sich Quereinsteiger gegenübersehen, wenn sie im hermetischen, etablierten Kunstmarkt Fuß fassen möchten. Mit meinem zweiten, in Romanform geschriebenen Buch *Die Heimat der Wölfe* verfasste ich die Chronik meiner Kernfamilie. Bezugnehmend auf das Thema »Kriegsenkel«, skizziere ich die Schicksale von neun Familienmitgliedern, beginnend vom Ersten Weltkrieg bis in die 1990er-Jahre. Obgleich beide Werke bereits latent politisch sind, liegt ihr Schwerpunkt auf dem psychologischen Bereich, zudem bedingen sie sich gegenseitig. Ohne die historischen Verwerfungen durch zwei Weltkriege wäre aus mir vermutlich kein Autor und bildender Künstler geworden. Meine Mutter war ein Flüchtlingskind aus dem Osten, mein Vater überlebte den Hamburger Feuersturm. Das nie aufgearbeitete Kriegstrauma meiner Eltern prägte meine Kindheit sehr. Doch zu den familiären Hintergründen »Flucht« und »Bombenkrieg« gesellte sich noch eine weitere Besonderheit. Meine Familie gehörte einer fundamentalistischen christlichen Freikirche an, die kurioserweise viele islamische und jüdische Kernelemente enthielt. Seit 2015 erlebt unsere Gesellschaft dramatische Umbrüche, die direkt oder indirekt alle Problemfelder meiner eigenen

Herkunftsfamilie widerspiegeln: *Bombenkrieg, Flüchtlingskrise* und *Fundamental-Religion*.

Deshalb wird mein drittes Buch im Wesentlichen von drei Motivationen getragen:

- dem Versuch, meine persönliche politische Neuorientierung und Zerrissenheit fassbar zu machen und die Gründe für die Polarisierung der Gesellschaft zu untersuchen
- der Kritik am dramatischen Rückbau mühsam errungener Freiheiten in Kunst-, Kultur- und Medienlandschaften
- der Sorge über das Wiedererstarken von überwunden geglaubten, religiös fundamentalen Orientierungen und falschen Rücksichtnahmen, die zunehmend gesellschaftliche Akzeptanz gewinnen

Zunächst gehe ich auf Spurensuche, was meine eigene politische Neuorientierung in jüngster Zeit betrifft. Ich möchte verstehen und einordnen, was mit mir selbst, aber auch was mit der Gesellschaft insgesamt geschehen ist. Denn ganz gleich, ob man die aktuelle Entwicklung für gut oder schlecht hält, Deutschland ist de facto nicht mehr dasselbe Land wie noch vor wenigen Jahren – und ich bin nicht mehr derselbe Mensch. Solange ich politisch denken kann und wählen darf, also seit einigen Jahrzehnten, bewegte sich meine politische Heimat im Dreieck zwischen *SPD*, *Linken* und *Grünen* – Parteien, die ich in allen erdenklichen Kombinationen gewählt habe. Doch zu meiner eigenen Verwunderung und Irritation entdeckte ich seit geraumer Zeit heimliche Sympathien für Positionen von ehemaligen politischen Gegnern – das heißt aus einem Spektrum nahe der *CSU*, *FDP* und bisweilen sogar der *AfD*. Eine Zeit lang habe ich mich schon aus Prinzip gegen eine Zustimmung aus diesem Lager gewehrt, doch je ehrlicher ich mich geprüft und je länger ich dem geradezu beängstigenden Gleichklang der etablierten Medien gelauscht habe, desto mehr

musste ich den kritischen, alternativen Stimmen recht geben. Ein wenig erinnert mich meine Lage an eine Aussage von Henryk M. Broder, der sich ebenfalls als klassisch »links« sieht: »Ich bin ein Linker. [...] Ich bin für alles, was irgendwann linke Tugenden waren – und die sind [heute] weg.«¹ Als Kritiker der »Willkommenskultur« und des Islam wird Broder inzwischen in der »rechten Ecke« zwangsverortet. Nach eigenem Bekunden hat sich Broder jedoch nicht maßgeblich verändert, vielmehr habe sich die politische Landschaft Deutschlands gedreht, der Grund sei die mittlerweile »komplette Degeneration der Linken«. Doch von Irritation und politischer Neupositionierung sind offenbar immer mehr Menschen betroffen, viele Intellektuelle sind beunruhigt über ihre neue Zwangsverortung. So schreibt die preisgekrönte Schriftstellerin Monika Maron: »Wer so denkt wie ich, ist rechts, behaupten sie. Nie hätte ich für möglich gehalten, dass ich eines Tages rechts sein könnte. In meiner Jugend war ich links. So hatte man mich erzogen, und außerdem waren fast alle, die ich kannte, irgendwie links, schon wegen der deutschen Geschichte, wegen Sartre, Böll, Brecht, Heiner Müller. Sogar Wolf Biermann war links. [...] Und nun zermartere ich mir den Kopf, wie das passieren konnte. Ich bilde mir ein, ähnlich vernünftig zu sein wie früher, als ich nicht mehr links, aber noch nicht rechts war. Welche Achse hat sich gedreht, dass ich mich auf einer anderen Seite wiederfinde, ohne die Seite gewechselt zu haben?«²

Ein weiterer Grund für dieses Buch ist mein Erschrecken als etablierter Berliner Künstler und Autor über eine neue, sich selbst zensurierende Kunst- und Medienwelt, die von thematischer Einseitigkeit und Rücknahmen vieler liberaler Errungenschaften geprägt ist. Wer sich als Künstler und Autor kritisch mit Inhalten zum Thema Islam oder Zuwanderung auseinandersetzt, kann große Probleme bekommen; in der Regel wird er ausgegrenzt. Was vor 15 Jahren undenkbar erschien, ist heute Realität: Berliner

Galeristen aus Stadtteilen mit hohem Migrationsanteil äußern Sorge, meine Bilder auszustellen – aus Angst um ihre Schaufenster. Insgesamt trifft man im kulturellen Bereich immer häufiger auf Bedenkenträger. Viele Intendanten, Kuratoren, Galeristen oder Messeleiter entscheiden sich für vorauseilende Selbstzensur, aus »Rücksicht auf andere Kulturen«. In Wirklichkeit haben Veranstalter schlichtweg Angst davor, eine Zielscheibe für islamistische- oder Antifa-Aktionen abzugeben. Doch nicht nur die Freiheit der Kunst hat gelitten, auch mit der Meinungsfreiheit ist es nicht mehr allzu weit her. Ungeachtet der Warnungen der UN-Sonderberichterstatter, das »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« verstoße womöglich gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte, trat das umstrittene Gesetz von Heiko Maas in Kraft. Wer sich heute auf Meinungsfreiheit im Internet beruft, riskiert bei falscher oder unbedachter Wortwahl schnell eine Sperre wegen sogenannter »Hate Speech«.

Das dritte, starke Motiv für dieses Buch ist, dass ich in einem großen Teil der Zuwanderer etwas *wiedererkannt* habe, von dem ich glaubte, es sei persönlich wie gesellschaftlich überwunden. Doch dem ist nicht so. Es kommen Menschen zu uns, die fast ausnahmslos einer restriktiven Religion angehören. Aus meiner Perspektive kann ich sagen, dass ich den Islam keineswegs exotisch finde, denn die zugrunde liegenden patriarchalen Prinzipien sind mir wohlvertraut. Ebenso wenig exotisch finde ich deshalb auch die gesellschaftlichen Folgen, wenn man versucht, dem Wertesystem einer fundamentalen Religion gerecht zu werden. Als ich den Islam und die Religion meiner Kindheit verglich, war ich über die Gemeinsamkeiten mehr als verblüfft. In meiner Familienchronik habe ich bereits ausgeführt, dass ich die Verbindung von Kriegstrauma und Religion für keine besonders gedeihliche Mischung halte, insbesondere nicht in Hinblick auf die Integration in eine neue Heimat. In *Die Heimat der Wölfe*

beschreibe ich einen diesbezüglichen Pathomechanismus: Traumatisierte Menschen, insbesondere jene, die ihre Heimat verloren haben, neigen dazu, innerpsychischen Schmerz mithilfe ideologischer Identifikationen zu lindern. Ähnlich wie die Aufklärer Hammed Abdel-Samad oder Ahmad Mansour, die beide aus fundamentalen muslimischen Familien kommen, kann auch ich aus eigener Erfahrung sagen: Als Angehöriger und Nachfahre *kriegstraumatisierter, heimatloser, fundamental-religiöser Menschen* habe ich Jahrzehnte gebraucht, um mein transgenerationales Kriegstrauma zu erkennen und zu verarbeiten und mich von den Fesseln einer fundamentalen Religion zu lösen. Dies gelang mir nur über nachträgliche Bildung, therapeutische Aufarbeitung, künstlerischen Ausdruck und das Verfassen mehrerer Bücher – wobei ich im Nachhinein alle meine Anstrengungen als überaus notwendig erachte, denn ohne diese Anstrengungen haben es viele aus meiner Kernfamilie überhaupt nicht geschafft. Die toxische Mischung aus Kriegstrauma und fundamentaler Religion führte im Anpassungsprozess an die Gesellschaft zu so großen Spannungen, dass von den neun Bezugspersonen meiner Kernfamilie sechs ein Suchtproblem entwickelten. Vier starben verfrüht an den Folgen ihrer Sucht oder begingen unbewussten oder bewussten Suizid. Wenigstens mündete Wut und Verzweiflung innerhalb meiner Familie damit »nur« in die Selbsterstörung – bekanntermaßen ist dies bei den aktuellen Zuwanderern nicht immer der Fall.

Mir ist wohl bewusst, dass man derartige Komplexitäten und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der gewünschten gesellschaftlichen Erzählung von der Willkommenskultur nicht allzu gern hört. Doch als liberaler, humanistischer Freidenker und freier, bildender Künstler habe ich mich nach langem Abwägen dazu durchgerungen, dieses schwierige Debattenbuch dennoch zu schreiben. Meine Freiheit im Denken und im Leben habe ich mir mühsam erkämpft. Ich möchte nicht passiv dabei zusehen, wie

viele meiner Ideale von unreifen Eliten in Politik und Medien aufgrund von falscher Toleranz wieder zurückgenommen werden. Zu uns kommen nicht nur Familien, die vor einem Krieg fliehen, sondern vor allem viele junge Männer, die in Gewalträumen archaisch und fundamentalreligiös geprägt wurden. Die Weigerung, die Folgen einer übermäßigen Zuwanderung dieser Gruppe in unsere fragile, liberale, säkulare Gesellschaft zu bedenken, zeugt von Unreife und ideologischer Einseitigkeit prägender Teile der deutschen Gesellschaft.

»Überall in Europa außer in Schweden sagt man: ›Die Deutschen spinnen.‹ Das Unreife der deutschen Politik kommt in der Maxime zum Ausdruck, bei Flüchtlingen dürfe man keine Grenzen setzen. Da wird etwas nicht zu Ende gedacht. Denn gemäß heutiger Praxis wären, gemessen an den hiesigen demokratischen und ökonomischen Standards, zwei Drittel der Weltbevölkerung in Deutschland asylberechtigt. Dass unsere Flüchtlingspolitik einem Denkfehler unterliegt, müsste einem spätestens da auffallen.«³ Wer jedoch auf diesen Denkfehler hinweist, läuft Gefahr, als Rassist und Fremdenfeind diffamiert und gebrandmarkt zu werden. Der mediale und öffentliche Umgang mit Zuwanderungskritikern offenbart die klassische psychologische Abwehrtrias aus Verleugnung, Projektion und Verdrängung. Die Suche nach den Gründen für diese »moralistische Infantilisierung«⁴ der Eliten wird der rote Faden dieses Buches sein.

Psychologische Grundlagen

»Man erwartet von Politikern, dass sie wenigstens oberflächliche Kenntnisse von Geschichte und Wirtschaft haben. Es wird höchste Zeit, dass man sie auch veranlasst, sich zumindest mit den Grundkenntnissen der Psychologie vertraut zu machen und die seltsamen geistigen Kräfte zu studieren, die die Menschen veranlassen, mit solcher Verbissenheit gegen ihr eigenes Wohl zu handeln.«

ARTHUR KOESTLER

Regierungskrise 2018

Die Regierungskrise vom Hochsommer 2018 veranschaulicht das Thema dieses Buches auf besondere Weise. Wie in jeder Krise verdichteten sich auch hier alle verschleppten und gelegneten Probleme, bis sie eine solche Klarheit entwickelt hatten, dass man gezwungen wurde, sie anzusehen. Gleichsam als Vorwegnahme und Kaleidoskop für die kommenden 400 Seiten beginne ich mein Buch deshalb mit einer kurzen Chronologie der Ereignisse der letzten beiden Juniwochen 2018, bevor ich zur Causa von 2015 zurückkomme.

Rund um das beinahe Ende der Kanzlerschaft Merkels, einer Ikone der Wiedergutmacher, läuft im Sommer 2018 ein ganz bestimmter Babyboomer-Typus noch einmal zur Hochform auf. In der Zeit des »Ultimatums der CSU« offenbaren die etablierten

Strukturen in Medien, Parteien und Kulturwelt, wer in Deutschland die Deutungshoheit zur Wahrheit besitzt. Als Angela Merkel im Streit mit ihrem Innenminister Horst Seehofer nach 13 Jahren Kanzlerschaft ernsthaft ins Wanken geriet, führen ihre Anhänger einen bemerkenswerten Verteidigungskampf. Hierbei tritt die Einseitigkeit der Leitprinzipien der Wiedergutmacher mit großer Klarheit hervor: Moral vor Recht, Legende vor Wahrheit, Feminismus vor Maskulinität, Konformität vor Charakter, Gesinnung vor Verantwortung, Bekenntnis vor Handlung, Selbstverleugnung vor Selbstbehauptung, Gefühl vor Ratio, Feigheit vor Mut. Spätestens in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli 2018, als ein völlig derangierter Innenminister Horst Seehofer vor die Presse tritt und seinen Rücktritt kolportiert, ist klar – die Zeit der »alten, weißen Männer« ist vorbei. Und mit ihnen endet auch das Zeitalter der alten *weisen* Männer. Die Konterfeis der politischen Charakterköpfe meiner Jugend hängen im Museum des Deutschen Doms am Gendarmenmarkt: Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Richard von Weizsäcker, Willy Brandt, Herbert Wehner, Hans-Dietrich Genscher. Längst wurde der Staffelfstab übernommen von den verletzten Söhnen und Töchtern der Republik. Kriegsenkelinnen und Kriegsenkel wie Claudia Roth, Andrea Nahles, Annalena Baerbock, Katja Kipping, Katrin Göring-Eckardt, Anton Hofreiter, Robert Habeck, Heiko Maas und Peter Altmaier bestimmen die Geschicke Deutschlands. Politik und Medien sind heute fest in den Händen der sogenannten »Nebekinder«⁵, deren einzige Gewissheit ein nebulöses und doch stetig präsentenes Gefühl ist: *Schuld*. Seit ihrer Kindheit bewegt Nebekinder eine einzige Frage: *Wie mache ich alles, alles wieder gut?*

Es war der vielleicht größte strategische Fehler des letzten alten weißen Mannes, die notwendigen Maßnahmen zur Verantwortungsübernahme für kommende Generationen nicht einfach still und konsequent umzusetzen. Die Kanzlerin wäre in

Zugzwang geraten. Vermutlich hätte sie reagiert, wie sie immer reagiert hat. Ihrem Machterhalt zuliebe hätte sie die Koalition schlussendlich nicht platzen lassen. Doch mit einem Zeitfenster von zwei Wochen, das Seehofer ihr einräumte, war Merkel in der Lage, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die kritischste Phase hatte die Kanzlerin zweifellos zu Beginn der Krise. Erst Seehofers Pläne machten auch den Merkel-Getreuen klar, dass die Kanzlerin um jeden Preis die Ausnahmeregelung der offenen Grenzpolitik von 2015 zum Dauerzustand erklären wollte. Selbst in der CDU-Fraktion gerieten viele darüber ins Grübeln. War es wirklich alternativlos, dass die Grenzen dauerhaft unkontrolliert bleiben mussten, weil sonst ein unbeherrschbarer Domino-Effekt droht? Doch wie schrecklich könnte dieser Effekt schon sein, wenn es andererseits hieß, die Flüchtlingskrise hätte sich so gut wie erledigt? Gerade im Zusammenhang mit der Sommerkrise 2018 geistert eine wichtige Meldung durch die Medien: Der Flüchtlingsstrom habe um sensationelle 95 Prozent abgenommen, eine Zahl, die ich gegen Ende dieses Buches noch genauer untersuchen werde. Die Argumentation lautet demnach: Betroffen von Seehofers Plänen zur Zurückweisung an den Grenzen sei allenfalls ein unbedeutendes Häuflein, um das man nicht so viel Aufhebens machen sollte. Die Unlogik ist natürlich mit Händen zu greifen, denn der Umkehrschluss gilt ja ebenfalls. Wenn die Krise nahezu vorbei ist, warum sollte man dann nicht zur bewährten Rechtspraxis von 2015 zurückkehren? Warum riskiert Merkel wegen einer Belanglosigkeit ihre Kanzlerschaft? Merkels ausgesprochen dünne und widersprüchliche Argumentation, »keine nationalen Alleingänge«, hätte sie fast den Rückhalt ihrer eigenen Fraktion gekostet. Aber die Meisterin der Taktik wusste, was sie am dringendsten brauchte: Zeit. Den Rest würde ein Netzwerk von Wiedergutmachern erledigen, auf das sich Merkel seit Beginn ihrer Amtszeit verlassen konnte. Und so kam es auch. Obwohl im

Sommer 2018 die Medienfront pro Merkel bereits erkennbar erodiert war, konnten die wichtigsten Meinungsmacher die Stimmung zugunsten der Kanzlerin drehen. Die Diskreditierungskampagne, mit der man gegen Merkels Widersacher zu Felde ziehen konnte, war schnell ersonnen:

1. Der CSU ging es nie um die eigentliche Frage der Kontrolle an den Grenzen, denn dort habe sich die Lage ja weitgehend beruhigt. In Wirklichkeit handelt es sich um populistisches Fischen am rechten Rand, die schäbige Wahltaktik einer im Prinzip europafeindlichen Partei mit dem Ziel, die AfD kleinzuhalten.
2. Männer wie Horst Seehofer, Alexander Dobrindt und Markus Söder seien aus der Zeit gefallen. Im Prinzip wären die CSU-Ambitionen die letzten Zuckungen der zum Glück aussterbenden Spezies testosterongesteuerter Männer: »Was ist da nur los mit diesen ganzen testosterongesteuerten Männern in Bayern?« (Katrin Göring-Eckardt), »Bei der CSU regieren Ego und Testosteron« (Anton Hofreiter), »Politik nach persönlichem Hormonhaushalt« (Kai Gniffke). Nebenbei bemerkt: Selbstverständlich ist die Strategie, politische Entscheidungen einzig auf das zwangsläufig alle Männer regulierende Sexualhormon zu reduzieren, blanker Sexismus. Der eigentliche Skandal ist die Einseitigkeit, mit der dieser Sexismus erlaubt ist. Man stelle sich nur den umgekehrten Fall vor: Ein Journalist oder Politiker würde Frauen wie Angela Merkel, Ursula von der Leyen oder Andrea Nahles als »östrogenesteuert« titulieren – das vorzeitige Karriereende wäre so gut wie sicher.
3. Letztlich sind die Streitlinien zwischen CDU und CSU uralte Machtfehden zwischen Preußen und Bayern, die von Altvordere wie Franz Josef Strauß begründet worden waren.

Kurzum: Wahltaktik, persönliche Racheakte und überkommene, patriarchale Machtfantasien würden die CSU leiten, aber keineswegs Sachargumente. Nur aus diesen Egoismen heraus würde eine »unbedeutende 6-Prozent-Lokalpartei« ein »ganzes Land in Geiselhaft« nehmen, ja mehr noch, »ganz Europa vorführen«. Besonders die Grünen waren sich sicher, die CSU würde einen Popanz aufbauen. Jedermann wisse, wie sehr sich die Lage an den Grenzen beruhigt habe, dennoch schüre die CSU niedere Instinkte und Ängste bei den Bürgern, indem sie so tue, als würde sich die Krise von 2015 wiederholen.

Doch zu Beginn der Krise, Mitte Juni 2018, sahen die einfachen Bürger all dies offenbar ganz anders. Zum Entsetzen der Merkel-Getreuen zeigte der Blick in die Statistik: »Im Streit zwischen Merkel und Seehofer stehen die meisten Deutschen hinter dem Innenminister.«⁶ Und dies nicht nur ein bisschen, sondern überdeutlich. Je nach Umfrageinstitut und Fragestellung zwischen 60 und 80 Prozent. Der weitaus größte Teil der Deutschen sprach sich glasklar für Seehofers Pläne der Grenzkontrollen aus, bezüglich der geplanten Umsetzung von Abschiebungen ist das Ergebnis sogar noch krasser. Mitte Juni stellt die *Zeit* fest: »Laut aktuellem ARD-Deutschlandtrend ist eine breite Mehrheit der Bundesbürger für eine harte Linie in der Asylpolitik. In der Umfrage sprachen sich 86 Prozent der Befragten für eine konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern aus.«⁷ Hätte Merkel auf dem Hoch dieser Stimmungsumfragen ihren Plagegeist einfach entlassen, es hätte sie vermutlich mitgerissen. Deshalb gaben merkelfreundliche Journalisten und TV-Moderatoren auf dem Höhepunkt der Regierungskrise 2018 ihr Bestes, um diese Pro-Seehofer-Anti-Merkel-Stimmung zu drehen, doch tagelang zeigten die Meinungsumfragen, dass es für einen Stimmungsumschwung weiterer Ingredienzien bedurfte. Drei Jahre

nach Merkels Grenzöffnung hatten viele Bürger ihre eigenen Erfahrungen gemacht. Vor allem aber konnte niemand verstehen, warum man nach dem angeblichen Ende der Flüchtlingskrise nicht zur bewährten Rechtspraxis von 2015 zurückkehren sollte. Was war daran falsch gewesen? Auch der einfache Bürger hatte die Unlogik der Argumentation begriffen: Entweder die Krise ist quasi vorbei, dann spricht nichts dagegen, wieder nach klassischen Dublin-Regeln zu verfahren. Oder sie ist eben nicht vorbei, dann hätte Deutschland nach wie vor eine dramatische Ausnahmesituation zu bewältigen. Auf jeden Fall waren die Themen »Sicherheit« und »Grenzöffnung« zu sensibel, als dass eine Diskreditierung Seehofers und das Herunterspielen der tatsächlichen Lage an den Grenzen ausgereicht hätten. Ein weiteres argumentatives Standbein war nötig. Genialerweise fanden die Meinungsmacher eines, das sich Seehofer selbst gestellt hatte. Seehofer stimmte dem Aufschub zur Umsetzung seiner Grenzregelung zu, indem er selbst die Parole ausgab, Merkel müsse mit »wirkungsgleichen« Maßnahmen vom EU-Gipfel zurückkommen – dann würden seine Regelungen obsolet. Natürlich war sich Seehofer wie jeder vernunftbegabte Mensch sicher, dass dies ein Ding der Unmöglichkeit war. Immerhin war die EU in der Flüchtlingsfrage seit Jahren hoffnungslos zerstritten. Doch das Stichwort »wirkungsgleich« war für die Medienprofis ein Stöckchen, in das man sich durchaus verbeißen konnte. Kurz vor dem EU-Gipfel holte sich Merkel zunächst jedoch Rückendeckung vom letzten verbliebenen Verbündeten in Europa: Emmanuel Macron. Dieser war durchaus bereit, Merkel in ihrem Kurs zu unterstützen. Warum auch nicht? Es kostete wenig und brachte viel. Ein Rücknahmeabkommen, das Merkel als großen Erfolg preisen konnte, war für Frankreich zu verschmerzen, die wenigsten Flüchtlinge wandern von Frankreich nach Deutschland. Dafür bezahlte Merkel jedoch umso mehr. Spontan und ohne die Koalitionspartner oder das Parlament zu

fragen, gestand sie Macron Gelder in Milliardenhöhe zu. Die *FAZ* kommentierte:

»Man muss das langsam lesen, um es zu begreifen: Der Innenminister will geltendes deutsches Recht anwenden, weshalb ihm die Bundeskanzlerin mit Entlassung droht (Richtlinienkompetenz). Und dann stellt Merkel auch noch Milliarden für Macrons Eurozonenpläne in Aussicht, damit ihr Paris dabei hilft, Seehofer niederzuringen.«⁸

Eine Woche später kam Merkels großer EU-Flüchtlingsgipfel, der hinter vorgehaltener Hand von vielen Diplomaten als »Merkel-Rettungsgipfel« verspottet wurde. Als Merkel schließlich vom Gipfel zurückkehrte, hatten die deutschen Leitmedien die Schlüsse aus Seehofers Stöckchen »wirkungsgleich« gezogen. Frech vermeldete man: Das Wunder ist vollbracht! In Wirklichkeit geschah dieses Wunder natürlich weniger in Brüssel als vielmehr im deutschen Blätterwald. Hier jazzte man ein belangloses EU-Wischwaschi-Papier, eine Ansammlung von Schlussfolgerungen und freiwilligen Absichtserklärungen, kurzerhand zum größten EU-Durchbruch zur Flüchtlingsfrage hoch. Einmal mehr war man sich sicher – kaum jemand würde das Originalpapier der EU lesen. Und so erklärten die Medien dem verblüfften Bürger, dass Merkel in wenigen Stunden schaffte, was drei Jahre lang nicht gelingen wollte. Die Einigung Europas sei derart weitreichend, dass Seehofer keinerlei Grund mehr für Grenzkontrollen habe; das Ergebnis sei sogar »mehr als wirkungsgleich«. Nur wer das EU-Papier tatsächlich las, erkannte sofort – es war reine Augenwischerei. Während der überwiegende Teil der deutschen Presse Merkels großen Coup feierte, scherzte die ausländische Presse: »Ein Gigant hat ein Mäuschen geboren« (*Il Giornale*), »Gipfel der Beschlüsselein« (*Baseler Zeitung*). In Wirklichkeit bestand Merkels angeblicher Durchbruch aus gut gemeinten Absichtserklärungen auf vollkommen freiwilliger Basis. So heißt es beispielsweise in Punkt 6:

»Im Gebiet der EU sollten die geretteten Personen entsprechend dem Völkerrecht auf der Grundlage gemeinsamer Anstrengungen im Wege der Beförderung zu – in den Mitgliedstaaten auf rein freiwilliger Basis eingerichteten – kontrollierten Zentren übernommen werden, in denen eine rasche und gesicherte Abfertigung es mit vollständiger Unterstützung durch die EU ermöglichen würde, zwischen irregulären Migranten, die rückgeführt werden, und Personen, die internationalen Schutz benötigen und für die der Grundsatz der Solidarität gelten würde, zu unterscheiden. Alle Maßnahmen im Zusammenhang mit diesen kontrollierten Zentren, einschließlich der Umsiedlung und der Neuansiedlung, erfolgen auf freiwilliger Basis, unbeschadet der Dublin-Reform.«⁹

Nachdem sich die Presse derart vor Lob überschlagen hatte, blieb es bei der CSU auffallend lange still. Das Dilemma war klar: Entweder die CSU hätte darüber aufklären müssen, dass die Leitmedien bezüglich der Ergebnisse des EU-Gipfels dreist überzogen hatten, ja eigentlich, dass sie die Bürger angelogen hatten. Die Rolle als Aufklärer ist aber nicht sonderlich sympathisch, die Argumentation klingt verdächtig nach »Lügenpresse«, ein Vokabular von PEGIDA, AfD und Co. Oder es blieb der CSU nichts anderes übrig, als die angebliche Wirkungsgleichheit anzuerkennen – damit hätte Seehofer sämtliche Pläne beerdigen können. So meldete sich die CSU zwei Tage lang gar nicht, bis schließlich immer mehr Details der Erklärung durchsickerten und sich das Phrasenpapier selbst entlarvte. Jetzt ruderte vorsichtshalber sogar die Kanzlerin zurück. Der *Cicero* kommentierte: »Momentan hat Merkel ein unverbindliches Absichtspapier ›rausgehandelt‹ und bilaterale Zusagen, von denen sich bereits vier Staaten distanziert haben: ein Missverständnis, eine Lüge? Merkel gestand im ZDF-Sommerinterview am Sonntag ein, dass sie die Backen zu voll genommen hatte: ›Abgeschlossen haben wir überhaupt keine

Vereinbarung, sondern nur politisch darüber Einverständnis erzielt. «Man bleibe »weiter im Gespräch.«¹⁰

Das Zurückrudern war höchste Zeit, denn wie inzwischen bekannt wurde, wimmelt die belanglose Erklärung von »sollte«, »würde« und »könnte«; es wird ausdrücklich betont, dass nichts verabschiedet wurde und dass alle »Schlussfolgerungen« nur auf freiwilliger Basis erfolgen können. Die Leitidee des Gipfels waren sogenannte Ankerzentren, in denen Zuwanderer die Möglichkeit bekommen sollen, Asylanträge zu stellen – um danach auf andere EU-Staaten verteilt zu werden. Wie ein neuer Verteilungsschlüssel aussehen könnte und was damit speziell auf Deutschland zukäme, sagte Merkel vorsichtshalber nicht. Im Kapitel »No Border – No Nation« erläutere ich die Ideen zu diesem Verteilungsschlüssel genauer.

Jedenfalls war Merkels Hauptargument gegen Seehofer, es dürfe keine »nationalen Alleingänge« geben, sie wolle eine »europäische Lösung«. Der Subtext: Nationale Alleingänge seien *nicht* rechtskonform, nur europäische Lösungen seien legitim. Doch in Wahrheit gab es eine rechtskonforme Lösung längst, sie heißt EU-Verordnung Nr. 604/2013 oder schlichtweg Dublin III. Mehr noch, im Grunde ist eher Merkels Ausnahmeregelung juristisch problematisch, da nicht wirklich grundgesetzkonform. In Artikel 16a heißt es unmissverständlich: »(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. (2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.« Seehofers Lösung anzuwenden wäre gerade kein »nationaler Alleingang«, wie die Kanzlerin behauptete, sondern das geltende Recht vor 2015. Dieses wurde von Merkel beziehungsweise durch ihren damaligen Innenminister Thomas de

Maizière kurzfristig und nur durch eine mündliche Ministeranweisung ausgesetzt. Begründung war damals eine einmalige Notstandssituation, die, da sind sich wirklich alle einig, schon lange nicht mehr gegeben ist. Andere Länder, wie Frankreich, Italien oder Dänemark, handeln längst nach bewährten EU-Regelungen bzw. nach ihren Grundgesetzen. Seehofer ging es explizit darum, den nationalen Alleingang Merkels zu beenden und zur Rechtspraxis von 2015 zurückzukehren. Tatsächlich hätte er damit sogar den Wünschen vieler europäischer Nachbarn entsprochen. Denn hinter vorgehaltener Hand warten viele europäische Nachbarn auf ein klares Signal, das die Sogwirkung beendet, die von Deutschland seit 2015 ausgeht. Der Missbrauch des deutschen Asylrechtes ist der »Türöffner für illegale Einwanderung«¹¹ nach ganz Europa, resümieren Experten, allen voran ehemalige Verfassungsrechtler wie Hans-Jürgen Papier, Rupert Scholz und Udo Di Fabio. Das Kuriose daran: Selbst grüne Politiker bestätigten während der Krise, dass Seehofer im Recht war.

Wenigstens Zuwanderer mit Einreiseverbot, Kriminelle, abgelehnte Asylbewerber und jene mit offenen Asylverfahren in anderen EU-Ländern wollte Seehofer zurückweisen dürfen. Was anderes als diese Selbstverständlichkeiten hätte man sonst mit dieser Gruppe von Zuwanderern machen sollen? Erneut einem Verfahren im völlig überlasteten BAMF zuführen? Um einen bereits abgelehnten Antrag ein zweites Mal durchzuarbeiten? Doch zum Entsetzten der Bürger erfuhr man im Sommer 2018, dass dies seit Jahren die gängige Praxis war. Erst jetzt wurde klar, dass der gesamte Apparat des BAMF, alle Asylurteile, alle Abschiebungsversuche und alle Zurückweisungsversuche an den Grenzen, ohne Probleme unterlaufen werden konnten. Die spezielle Formulierung der Ausnahmeregelung macht es möglich: Nach der mündlichen Anweisung muss *jeder*, der das Wort »Asyl« benutzt, aufgenommen werden. Egal mit welchem Status, egal ob mit

Einreisesperre, egal ob kriminell, egal ob bereits registriert – folgt man Seehofers Analyse zur Abstellung der Probleme, wurde seit 2015 offenbar niemand an den deutschen Grenzen zurückgewiesen, und jeder konnte nach Belieben neue Asylanträge stellen. Damit ging das ganze Prozedere von vorn los. Lächerlicher kann sich ein Staat kaum machen. Dabei hatte es erst wenige Wochen vor der Sommerkrise einen heftigen BAMF-Skandal gegeben. Tausende Asylanträge wurden unrechtmäßig bewilligt, doch damals konnte die Erschütterung noch halbwegs von der Kanzlerin ferngehalten werden, als Bauernopfer wurde die BAMF-Chefin entlassen. Doch die Junikrise war etwas anderes. Seehofers Vorschläge zur Abstellung der Missstände machten klar – die Lage ist weitaus dramatischer als der BAMF-Skandal. In den entscheidenden zwei Wochen des Sommers 2018 kämpft Merkel deshalb ernsthaft um ihr politisches Überleben. Es werden harte Wochen für die Kanzlerin, ARD und ZDF leisten Schützenhilfe. Merkel hetzt von einer Sendung zur nächsten, »Anne Will«, »Das Sommerinterview, »Farbe bekennen«, dazu kommen mehrere Regierungserklärungen. Nach zwei Wochen Medientour kann jeder deutsche Fernsehzuschauer Merkels Vorstellungen zur Rolle Deutschlands mitsprechen: »Niemals unilateral – immer multilateral. Niemals national – immer europäisch. Niemals zulasten Dritter – immer im Konsens.« Viele Bürger haben den Eindruck, dass es für Deutschland nicht legitim ist, eigene Interessen zu vertreten. Die Kernaufträge einer Kanzlerin, zum Wohle des Volkes, Nutzen mehren, Schaden abwenden, Gesetze achten, scheinen schön und gut, aber hört man Merkel zu, »nie zulasten Dritter«. Zudem rutscht der Kanzlerin in der Generaldebatte im Deutschen Bundestag ein Satz heraus, der viele Journalisten beunruhigt: »Es muss mehr Ordnung in alle Formen von Migration kommen, damit Menschen den Eindruck haben, Recht und Ordnung werden durchgesetzt.« Ist dieser Satz womöglich ungewollt

ehrlich? Kann es Merkel denn reichen, wenn Menschen nur *den Eindruck haben*, Recht und Ordnung würden durchgesetzt? Immer mehr Bürger sind von Merkels Hybris dermaßen irritiert, dass sie nach politischen Alternativen für Deutschland suchen, denn Globalität hin und gute Nachbarschaft her, auf viele Menschen wirkt Merkels Staatspolitik devot. Ein Eindruck, der sich im europäischen Vergleich nur noch verschärft, denn hier vertreten mittlerweile alle Nachbarn mit Nachdruck ihre eigenen Interessen. Dass eine Partei, die sich »Germany first« auf die Fahnen geschrieben hat, dramatisch schrumpfen würde, wenn diese Kanzlerin ginge, ist daher sehr wahrscheinlich. Viele Politologen glauben, der größte Gefallen, den die CDU der AfD derzeit tut, ist, an dieser Kanzlerin festzuhalten. Dabei hat Merkel den Kern der Kritik gegen sie durchaus verstanden: ihren Alleingang 2015, ohne die Abstimmung mit den europäischen Nachbarn. Doch 2018 gibt es einen bösen Widerspruch zu ihrer eigenen Losung. Ihrem eigenen Mantra der Multilateralität folgend, baut Merkel in den diversen TV-Sendungen und in der Regierungserklärung vom 28.6.2018 deshalb die Legende auf, bereits ihre damalige Entscheidung sei in Abstimmung und multilateral getroffen worden. Der Hauptstadtjournalist Robin Alexander, der die Vorgänge von 2015 minutiös beschrieben hat, kommentiert ihren Versuch mit den Worten: »Man kann jede einzelne oder auch alle ihrer Entscheidungen für richtig halten und auch die gesamte Flüchtlingspolitik Merkels für vernünftig. Aber die Geschichte von der europäisch abgestimmten Flüchtlingspolitik der Kanzlerin ist eine Heiligenlegende, die man sich unter Demokraten nicht zumuten sollte.«¹²

Auf jeden Fall wird die Kanzlerin in ihrem Beharren, die Grenzen auf der Basis einer höchst umstrittenen Ausnahmeregelung offen zu halten, im Sommer 2018 am besten von den Grünen und der SPD verstanden. Dabei gestehen die Grünen überraschend